

1870

Der Gewerkeverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine und des Deutschen Arbeiterbundes.

erschiet jeden Samstag.
Wöchentliches Monatsblatt.
Preis: 1/4 Sgr. — 24 St. Sächsisch. Expedition: Kauten-
straße 27. Alle Bestellungen,
für Berlin alle Postämter-
Büreau, nehmen Bestel-
lungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von

Dr. Max Girsch.

Der Abonnement von meh-
rerem Exemplaren unter einer
Adressenliste an den Ver-
leger, G. Langens, Unter-
den-Eichen 10, tritt bei un-
veränd. Preis von 6 Sgr. — 24 St.
pro Exempl. ein, welche franco
eingesendet sind.

Nr. 43.

Berlin, den 23. October 1870.

Zweiter Jahrgang.

Wir fordern nochmals diejenigen Abonnenten, die ihr Abonnement für das IV. Quartal noch nicht erneuert haben, dringend auf, dies umgehend zu thun, oder wenigstens ein motivirtes Stundungs-gesuch einzusenden. Andernfalls muß die fernere Besendung unseres Blattes unterbleiben!

Ein Zeugniß wider die Klassen-Deget.

Von Albert Wittum, Goldarbeiter in Pforzheim.
„Das Proletariat muß nur durch und in sich selbst sein Heil suchen. Hinaus mit den Professoren, den Doktoren, Literaten, Kapitalisten u. aus den Arbeitervereinen! Sie wollen nur die Arbeiter durch Dazwischenwerfen von Halbheiten, von Verfolgung ihrer Ziele ablenken.“ So sprechen in schlaue Berechnung die Führer der social-demokratischen Parteien, (wenngleich einige von ihnen selbst obige Prädikate ihr eigen nennen) und lehren sprechen in Unkenntnis aller geschichtlichen That-sachen auch sonst ganz tüchtige, uneigennütige, für das Wohl ihrer Standesgenossen begeisterte Arbeiter es ihnen nach. Wenn nun gleich auch wir durchaus nicht damit einverstanden sein können, daß Männer anderer Stände für die Dauer an der Spitze der Arbeitervereine stehen oder ihren Bestrebungen, so lange sie in den Schranken der Vernunft und der durch ihr eigenes Interesse gebotenen Mäßigung bleiben, gar hemmend in den Weg treten, so sehen wir doch in dem Hinausdrängen aller höher gebildeten, wissenschaftlichen oder sonstigen Männer und in dem freiwilligen Zurücktreten derselben von den Vereinen und von den gebundenen Arbeiterbestrebungen ein Unglück für die, sich in eine höhere gesellschaftliche Stellung emporarbeitende Arbeiterklasse. Wieht es doch in allen Ständen des Volkes eble warmfühlende Männer, die gewillt sind, für Glück und Wohlfahrt des arbeitenden Volkes ihre Kräfte einzusetzen. Warum sie hinausdrängen? Warum ihnen unlautere Motive unterstellen, da sie doch selbst nichts dabei zu gewinnen, im Gegentheil nur zu verlieren haben? Ist nicht die ungeheure Mehrzahl aller Arbeitervereine gerade von sogenannten Nichtarbeitern angeregt und gegründet worden? Beispielsweise wurde auch der hiesige Arbeiterbildungsverein unter thätigster Mitwirkung eines Fabrikanten gegründet, von ihm längere Zeit geleitet, nach ihm durch Professoren und Direktoren, bis der Verein soweit gediehen war, um unter seinen Mitgliedern selbst eigenliche Arbeiter zu finden, welche die Leitung weiterführen konnten. Also hatte der Verein mehrere Jahre gebraucht, um soweit zu gelangen und hält heute noch, eingedenk daß auch die Arbeiter, die heute an der Spitze des Vereines stehen, ihre Befähigung wesentlich durch das Aneignen, Anfeuern und Ausbilden jener Nichtarbeiter erlangt haben, daran fest, diese Männer zur Mitwirkung heranzuziehen, um ihre bestehenden Vorzüge, wenn nötig auch ihre warmen Stimme zu hören. So sollte es allerdings sein. Der Arbeiterstand wird zur Bewirklichung seiner Bestrebungen freis besser gestellt, höher gebildete Männer nötig haben. Hören wir, was in dieser Beziehung ein ganzer

Raum ausspricht, an dessen reinem Charakter selbst ein Social-Demokrat der extremsten Sorte nicht zu zweifeln vermag und bei dessen umfassender Kenntnis der geschichtlichen Vergangenheit, bei dessen tiefem Einblick in die Kulturentwicklung des Menschengeschlechts allen jenen Phrasenhelden ein „geistiges Ittern“ befallen muß.
Professor Johannes Scherr, der starre, „unentwegte“ Republikaner, sagt in seinem neuesten Werke: „Eine Komödie der Weltgeschichte“ (zweiter Band, zweite Hälfte Seite 185—187):
„Als ob nicht die ganze Weltgeschichte eine nie unterbrochene Kette von Beweisen wäre, daß niemals irgend ein erkleklischer, geschweige vollends ein nachhaltiger Vortritt der menschlichen Gesellschaft vor sich gegangen ohne Mißbehelfen und Mißthun der besitzenden Klassen.“

„Es ist ja auch gar nicht anders möglich. Denn der Besitz repräsentirt nicht allein das Geldkapital, sondern auch das Kulturkapital. Ein armes Volk ist stets zugleich auch ein mehr oder weniger barbarisches. Der Reichthum muß ein Zivilisator sein, mag er wollen oder nicht. Das Reichthum aller ist aber der höchste Lohn wohlmeinender Hören, oder die tüchtigste Hochseife schlaue Schelme. Die „Ursachen der Ungleichheit unter den Menschen“ werden nie zu beseitigen sein und wenn noch hundert Rousseaus Bücher darüber schreiben. Der Kommunismus ist ein wüster Schnapswahntraum, die russische Demokratie dagegen die lichte Vision eines jugendlichen Phantasten. Die Landgemeinde-Kantone der Urschweiz sind eine Karikatur dieser Vision. Bewußtlich wird sie nie und war sie nie.“
„Seit 1848 hat sich eine Bande von Erzschelmen aufgethan, welche die Beschmelzung des Proletariats ganz handwerklich betreiben und nebenebei von diesem Handwerk aus mehr oder weniger splendid leben. Ein Hauptagitationsmittel dieser gauerhaften Demagogie ist der schamlose Mißbrauch, welchen sie mit den Worten „Arbeit“ und „Arbeiter“ treibt, dem Handarbeiter vorliegend, nur seine Arbeit sei überhaupt eine. Die Folgen dieser frevelhaften Beschwindelung des armen genossführten Proletariats werden kommen, werden furchtbar kommen, wie eben jedes einmal in Gang gebrachte Unheil seinen Verlauf haben muß. Alle Warnungen dagegen werden so vergeblich sein wie die, welche hier ein Mann niederschreibt, dessen Herz all sein Lebenlang für das Volk geschlagen und der, seit er zu denken begann, für das Wohl desselben gebacht, nach Kräften gearbeitet und die Sache der Armen und Unterdrückten geführt hat. Tauriges Loos, mit einem Blick in die Zukunft begabt zu sein! Denn kommen wird der Tag, wo, bis zur äußersten Wuth gegenwärtig verhetzt, Arbeit und Kapital auftreten aus dem Nordkampf um Sein oder Nichtsein. In eine europäische Jammerschlacht wird geschlagen werden. Und wer wird Sieger sein in diesem Gräuelpampf? Der Besitz, wie ja derselbe überall und allzeit schließlich den Sieg davongetragen hat, davontragen mußte. Und ein erbarungsloser Sieger wird er sein, der für alle Angelpeln, die er aufgezahlt hat, Ersatz sucht in einer unerbittlichen Kassegeorgie. Welche dannzumal den

Besetzten! Es ist gar nicht unmöglich, nein, es ist vielmehr wahrscheinlich, daß den Besitzlosen dann wiederum das Joch der Leibeigenschaft, der Sklaverei in brutaler Gestalt auf den zu Boden gebeugten Nacken gelegt wird... Racht nicht! Eure Kinder oder Eures Wanten es schwer zu büßen haben.“

Soweit Johannes Scherr. Was sagen hierzu die Socialdemokraten? Wagen sie vielleicht, diesen Raum als des „Bourgeoissthum“ verächtlich zu bezeichnen? Müßen sie nicht vielmehr sich wieselnd beugen unter den Schlägen dieses Republikaners? Hoffen wir, daß die finstere Prophezeiung Scherr's nicht in schredliche Erfüllung gehe, aber tiefe Wahrheit liegt in seinen Worten! Gewiß ist der Schredenklampf, wenn es nicht gelingt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken — aber ungewiß ist die Entscheidung. Müßen deshalb nicht nur die Arbeiter ihr Ohr den gewissenlosen Verführern verleißen, sondern auch die Besitzenden ihrer großen Pflichten gegen die Männer der Arbeit stets eingedenk sein! Denn alle Kräfte der Social-Demagogen wären vergeblich gewesen, wenn nicht die Mehrzahl der Besitzenden durch Gleichgültigkeit, Herrschsucht und Bedrückung ihnen Vorschub geleistet hätten. Jam Veröhnungsbunde gehören zwei Hände. Die Hand der vernünftigen Arbeiter ist ausgestreckt — mögen die Besitzenden einschlagen, indem sie vor allem die freie Selbstständigkeit der Arbeiter aner-
kennen!

Wochenschau.

(Die Lasten des Krieges. — Neue Anstrengungen der Franzosen. — Fortgesetzte Eiden. — Die Kriegslage. — Verhandlungen über die Verfassung Deutschlands. — Die Landwehrraamilien. — Die bevorstehenden Wahlen.)
Berlin, 20. October.
Mehr als drei Monate sind seit der verhängnisvollen Kriegserklärung Frankreich verstrichen, und noch immer keine Entscheidung! Die Lasten und Opfer dieses Krieges wachsen für beide Länder in's Unendliche, die Sehnsucht nach dem Frieden ruht in Deutschland, und gewiß auch bei der Mehrzahl der Franzosen immer dringender. Man glaubte bisher, daß die moderne Kriegführung wenigstens den Vorzug habe, durch die sofortige Massentötung der Wehrkräfte die Kriege zu verkürzen; leider scheint sich dies gegenwärtig nicht zu bekräftigen. Und doch hat noch nie, seitdem es Geschichte giebt, eine so ungeheure Kraftentwicklung stattgefunden. Wie staunte die Welt über die Riesengröße Napoleons I., als er im Jahre 1812 aus halb Europa ein Heer von einer halben Million Soldaten gegen Rußland führte! Im Jahre 1870 aber hat Deutschland allein über eine Million Streiter in's Feld geschickt, ausgerüstet mit allen Hülfsmitteln der Wissenschaft und Industrie; eine Reihe gewaltiger Siege sind erfochten, ganze Armeen vernichtet, mächtige Festungen eingenommen, der vierte Theil des feindlichen Landes besetzt, seine Hauptstadt seit Monatsfrist umschlossen — aber noch immer kein Ende, noch immer kein Friede!
Mögen unsere Chauvinisten es eingestehen, daß sie denn doch die Bollkraft Frankreichs außerordentlich unterschätzt haben — daß die Freiheit, selbst in der

Gewerkevereins-Übersicht.

§ **Königsberg**, 10. Okt. In unserem Vereinslokal der Schiffbauwerkstatt wurde von Herrn Vorst. Bangowski eine Vorlesung über das Gewerwesen und Schiffbauwesen 2000 Jahre vor Christi Geburt abgehalten, und ferner der jetzige Zusammenhang (Verbindung) des Schiffes erklärt. Dieser Vortrag war aus von Gästen besucht, das Bille 1 Sgr., Vortrag 2 Sgr. Diese Summe wurde unter die Frauen, deren Männer zur Fahne einberufen, verteilt. Herr Bangowski theilte mit, daß die Versammlungen zum Einzahlen der Beiträge alle Freitage sind, um es den Mitgliedern zu erleichtern.

H. Kiewer, Ortssekretär.

§ **Königsberg**, 3. Okt. In der letzten Gewerkeversammlung des Ortsvereins der Schneider wurde beschlossen, daß die Mitglieder während des Krieges ihre Beiträge zur Ortsvereinskasse weiter zahlen. Dafür soll aber den Frauen zu den Fahnen einberufenen Mitglieder auch Unterstützung bewilligt werden. Bei Durchsicht der Kassensbücher wurde aber gesehen, daß wir nur 2 Frauen, deren Männer ihre Beiträge richtig gezahlt haben, etwas bewilligen können, indem die anderen in ihren Beitragsabzählungen sehr nachlässig gewesen sind und daher selbst Schuld daran haben, daß wir ihren Frauen keine Unterstützung gewähren können. Der Ortssekretär, sowie sämtliche Ausschußmitglieder verzichteten während 3 Monate auf ihre Ansprüche und soll dieser Betrag auch zu Hilfeleistungen für die Frauen verwendet werden.

R. Tiedemann, Ortssekretär.

§ **Königsberg** i. Pr. In der am 9. October d. J. abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins der Tischler zeigten die Vorstände an, daß die beiden Vereinsgenossen Louis Henning und Carl Tolkshin im Kriege gefallen und sprach Worte des ehrenvollen Andenkens, die Versammlung erhob sich. Tagesordnung: 1) Kassensbericht des III. Quartals, die Kassieren berichten über Einnahme und Ausgabe des Ortsvereins, Kranken- und Begräbnis- und Anwaltskasse in den letzten 3 Monaten. 2) Bericht der Kommission zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien unseres Vereins, deren Männer zu den Fahnen einberufen sind. Referent Schulz theilt der Versammlung mit, daß bei dem Zahlen von freiwilligen Beiträgen eine ziemliche Verschlingung stattgefunden, und so es der Kommission möglich geworden, den Frauen 1 Thlr. und für jedes Kind 10 Sgr. monatlich zu zahlen. Die freiwilligen Sammlungen von Beiträgen werden fortgesetzt, ferner wird beschlossen zum Besten dieses Fonds eine Lotterie zu veranstalten. Mitglieder erboten sich keine Stücke in den Freistunden anzusetzen resp. anfertigen zu lassen und diese Gelder zur Besorgung zu bringen, und soll damit gleichzeitig ein gemüthlicher Abend durch Gesang und Deklamation herbeigeführt werden. 3) Beschlußfassung resp. Anmaßung zum Ortsverband. Referent Stern berichtet über die Thätigkeit des Ortsverbandes, nach eingehender Debatte wird beschlossen, denselben weiter zu behaupten. Acht Mitglieder, 4 aus der Versammlung und 4 aus dem Ausschuß, werden dazu gewählt. 4) Vorschläge des Verbands-Anwalts Dr. Max Girsch zur Abänderung der Musterstatuten. Herr Lau spricht über die Aufstellung und Verbreitung der Musterstatuten im Allgemeinen, verliest dann die Aufforderung und Notizen unseres Verbands-Anwalts zur Abänderung aus Nr. 40. des Organs der „Gewerkevereine.“ — Zusatz zu § 11. Daß nach erfolgter Wahl die Ortsaffären auf Grund besonderer Verträge als solche vom Generalrathe verpfändet werden. Redner spricht gegen die Aufnahme dieses Zusatzes in unsern Statut, denn im Gewerkeverein der Tischler zc. werden die Kassensbeamten bei Eintritt ihres Amtes durch den Ausschuß kontraktlich verpflichtet, der Kassier hat eine Kaution zu bestellen. Dieser Kontrakt ist von unserm Generalrathe aufgestellt und von den Ortsvereinen als musterhaft gut anerkannt und eingeführt worden. Derselbe wird verlesen. Würde man noch einen strengeren Kontrakt mit noch mehr Verpflichtungen aufstellen, so würde die Stellung des Kassiers noch mehr erschwert; es hält aber heute schon schwer einen brauchbaren Kassier zu finden, der auch die Kaution für sämtliche Kassen stellen kann. Berücksichtigen, bei einem Reichthum an Mitgliedern würde selbst die beste Kontraktverpflichtung des Generalrates wenig helfen, andererseits kann der Kassier die Verpflichtung nicht übernehmen, auf Befehl des Generalrates sofort Zahlung zu leisten, bevor er nicht mit dem Debitauschuss in Beratung getreten ist. Daß Unregelmäßigkeiten in manchen Ortsvereinen vorgekommen sind, ist nicht zu bestreiten, aber auch ebenso können bei Veränderung des § 11. sich solche Unregelmäßigkeiten wiederholen. Die Schuld mag wohl auch nicht immer an den Ortsaffären liegen, sondern auch an der mangelhaften Führung des Generalrates mancher Gewerkevereine. — In Betreff der Fassung zu § 16. und 33. des Statuts stimmt Redner mit den Notizen des Hrn.

Der Anwalt, der von seiner Reise nach dem Kriegesplanke zurückgekehrt ist, wird in nächster Nr. auf die hier ausgeprochenen Ansichten erwidern, wenn dies nicht zwischen von anderer Seite geschieht.

Anwalts überren und wünscht eine recht baldige Annahme. Was die Änderung des § 42. anbetrifft, so ist derselbe nach Redner's Ueberzeugung in den ersten Jahren bei den meisten Gewerkevereinen unausführbar, denn jetzt zahlt jeder Ortsverein 5%, von seiner Einnahme an die Generalratskasse und bei Jahresausgleich wird dieselbe mit 5% dotirt. Nach dem vorgeschlagenen neuen § 42. würde jeder Ortsverein 33 1/2% von seiner Einnahme an die Generalratskasse zu zahlen haben. Diese Steuer von 33 1/2% an die Generalratskasse wird wohl mancher Ortsverein nicht zahlen können, wenn er seinen Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nachkommen soll. Beispielsweise: Die Mitgliederzahl eines Gewerkevereins betragt 1435, ergiebt einen jährlichen Beitrag von 2487 Thlr. Angenommen, dieser Gewerkeverein zahlt 16 Ortsvereine, so würde die Ausgabe obenged. nach Haler gerechnet folgende sein:

1) Aufschubzahlung für die Aufschubpflichtigen	374 Thlr.
2) Besoldung der Ortskontrolleure	42 "
3) " " Kassieren	40 "
4) " " Kassierer, 4% der Einnahme	99 "
5) " " Sekretäre, 3%	74 "
6) Verbandsgeld pro Quartal Mitglied 6 Pf.	95 "
7) Pflichtenentlastung des „Gewerkevereins“	32 "
8) Porto für sämtliche Vereine	48 "
9) Schreibmaterialien	16 "
10) Statuten- und Kassensbücher	20 "
11) Bureau- und Postausgaben	130 "
12) Inserate-Gebühren und Druckkosten	160 "
13) 5% von der Einnahme für nicht eingehende Beiträge	124 "
14) Delegirten-Lohn	250 "
15) 5% an den Generalrathe	124 "
Summa	1628 Thlr.
Einnahme	2487 Thlr.
Ausgabe	1628 "
Reiner Ueberschuß	859 Thlr.
Rest	705 Thlr.
bleibt	154 Thlr.

Reiner Ueberschuß an den Generalrathe 28 1/2% bleibt 154 Thlr.

trifft auf jeden Ortsverein 9 Thlr. 12 Sgr.

Von diesem geringen Ueberschuße sollen die Ortsvereine hälftig, Rednerschein, Bildung zc. behalten! Es käme freilich jedem Ortsverein wohl noch etwas zu Gute, denn nach der neuen Aufstellung soll die Generalratskasse Pflichtenentlastung und Verbandsgelder zahlen, aber immerhin würde doch manche Ortsvereinskasse grüßentheils leer sein und die Mitglieder würden bald den Ruß verlieren weiter zu zahlen. Um aber zu vermeiden, daß es so steht, verliest Redner einen Kassensbericht vom 1. Dezember 1869 bis 1. Juli 1870, welcher der obigen Aufstellung ziemlich gleich kommt. Gewiß halten wir es alle für richtig, die Generalratskasse so zu stellen, daß unserm Gewerkeverein der nationale Charakter gewahrt bleibt und halten es für unsere Pflicht, jederseits dafür einzutreten, andererseits darf man den einzelnen Ortsvereinen die Mittel nicht entziehen, um auch ihren Mitgliedern gerecht werden zu können. Um unsere Vereinskasse mit besseren Mitteln zu versehen, als bisher, stellen wir an unserm Generalrathe folgende Anträge und mögen dieselben in unsern sämtlichen Ortsvereinen besprochen und wenn sie angenommen, dann von Neujahr 1871 eingeführt werden.

- 1) Den Delegirtenzahl nicht alljährlich zu berufen, sondern nur dann, wenn es dringende Angelegenheiten erfordern und sämtliche Ortsvereine darüber abgestimmt haben.
 - 2) Sämtlichen Ausschuß- und Generalratsmitgliedern mit Ausnahme der Kassierer und Sekretäre, eine Besoldung zu gewähren.
 - 3) Die Besoldung der Kassierer und Sekretäre auf 4% und 3% zu erhöhen.
- Schließlich geht Redner zu einer Besprechung der Kranken- und Begräbniskasse über und giebt einen klaren Bericht über das einjährige Bestehen derselben. — Wir hier in Königsberg sind mit unsern Kassenerhältnissen ziemlich gut vorzukommen, haben auch einen Notargroschen erspart, da aber auch diese Kasse eine nationale ist, so ist eine Veränderung durchaus notwendig, denn bei manchem Ortsverein steht es nicht so gut, es empfiehlt sich, die Stala nur auf 3 Sätze zu stellen und das Krankengeld zu erniedrigen. Als Stala mag dienen:
- | | |
|--------------------------|-------------------------------|
| 1) 1 Sgr. — Pf. Beitrag | 1 Thlr. 20 Sgr. Unterstützung |
| 2) 1 " " " " " " " " " " | 2 " " " " " " " " " " |
| 3) 2 " " " " " " " " " " | 3 " " " " " " " " " " |
- hierdurch würde das Krankengeld um 1/2 vermindert und wir würden im Allgemeinen sicher gestellt sein. Die Versammlung spricht sich nach einer längeren Debatte dahin aus, daß die oben angeführten Anträge an den Generalrathe gestellt werden sollen, und pflichtet auch im Uebrigen dem Redner bei.

§ **Königsberg**. Nach unserer Ortsvereine der Maurer und Steinhauer scheint man von Seiten der Behörde in Betreff der Krankenkasse bereits zu wollen, einem Mitgliede wurde vor einiger Zeit von einem Stadtrathman, doch höchst wahrscheinlich auf Veranlassung seiner vorgelegten Behörde, das Statutenbuch aus seiner Wohnung abgeholt. Man immer zu, dies soll uns nicht abschrecken, sondern es

dient wahrlich nur dazu, unsere Vereinigung immer stärker und fester zu fitten, und wir treten mit immer größerer Liebe für unsere gute Sache ein. Je mehr Verfolgung, desto mehr Ausdauer.

§ **Königsberg** geht uns eine längere Erklärung des Herrn W. Fischer im Auftrage des Ortsvereins der Schuhmacher und anderer Handwerker zu, welche wir bei der Beschränkung unseres Raumes nur auszugeweißt abdrucken können, zumal dieselbe vielfach schon öfters wiederholt. Der Ortsverein erklärt für jetzt einstimmig seinen Austritt aus den Gewerkevereinen der deutschen Arbeiter, wird demselben aber wieder beitreten, sobald von Seiten des Gewerkevereins wirklich etwas in sozialer Beziehung Rücksicht für die Arbeiter geschieht. Dem sog. profitorischen Generalrathe wird wiederholt vorgeworfen, daß er durch sein persönliches Behagen die gemeinsamen Arbeiter-Interessen schädige. Dem Verbands der deutschen Gewerkevereine bleiben wir getreu, denn wir setzen voraus, daß die Majorität des Verbandes das Wohl des Arbeiters als Hauptziel im Auge behalten wird. — Wenn sich die Einsender über die Redaktion des Organs wundern, daß sie, da die Herren (vom profitorischen Generalrathe) im Unrecht sind, deren Erwiderung nochmals aufnehmen, so ist dies eine offene Verkenntung der Redaktions-Besorgnisse. Das Organ ist ein Sprechsal für alle Verbandsmitglieder! — Schließlich bezeichnen die Einsender als die größte Aufgabe unserer Vereine, nach der allgemeinen Verunfallung und Rücksichtnahme zu streben.

Verbands-Übersicht.

In seiner Sitzung am 14. d. M. änderte der Verband der Berliner Ortsvereine, weil zwei Sitzungen hintereinander wegen Beschäftigungslage nicht werden konnten, den § 10 des Verbandstatuts dahin: daß, sobald in einer Versammlung die statutenmäßigen zwei Drittel Vertreter nicht anwesend sind, die nächste Versammlung beschlußfähig ist, wenn mindestens die Hälfte der Berechtigten anwesend ist; außerdem entschied man sich auch dafür, um dadurch die Leitung der inneren Organisation zu vereinfachen, die Vereine von der häufig unverantwortlichen Nachlässigkeit und dem mangelnden Eifer ihrer Vertreter schriftlich zu benachrichtigen. Nach äußerst bewegter Debatte faßte die Versammlung in der Kammerischen Angelegenheit einstimmig den Beschluß, den betreffenden Herrn, welcher eine bedeutende Summe der Unterrichtsgebühren unterschlagen, der Staatsanwaltschaft zu übergeben, um nach dem Beispiel Anderer, welchen Geseligen in Verbindung zu gerathen geboten ist. Den Einwand, daß unsere sozialen Gegner die Veröffentlichung dieser unregelmäßigen Thatsache schon zum Nachtheil unserer Partei ausnutzen würden, widerlegte man mit dem wohl durchaus richtigen Grunde, daß wir uns durch die unvorsichtige Strenge, die keine Vertuschung unaufrichtiger Handlungen ihrer Mitglieder duldet, nur die Sympathien aller rechtlich denkenden Arbeiter und ihrer Freunde erwerben werden. Die fehlenden Gelder werden durch eine Anleihe zu decken gesucht, was größtentheils schon gelungen ist. Mit der definitiven Engagierung der Redaktionskommissionen, sowie Beschlußfassung über die Verteilung der dem Verbands durch Hrn. Schulze-Dehlig zur Unterstützung hilfsbedürftiger Landwehrmänner überwiegen 25 Thlr. endigte die Sitzung.

C. Bricsemann.

§ **Gewerkeverein deutscher Stahlarbeiter** zc. Verschiedene Vorstände der Ortsvereine scheinen nicht im Klaren zu sein, daß die Verbandsgelder (pro Quartal und Mitglied 1/2 Sgr.) auch während der Zeit, wo in unserm Gewerkeverein die Vereinssteuer erlassen ist, gezahlt werden müssen und uns der Centralrathe davon nicht dispensiren kann. Deshalb erlaube ich alle säumigen Vereine die Beträge, welche noch restiren, einzulösen, auch für die Pflichtenentlastung hat jeder Verein pro Quartal 15 Sgr. beizufügen. Es haben noch mehrere Vereine für das 1., 2. und 3. Quartal c. Verbandsgelder, sowie für die Pflichtenentlastung zu zahlen. Ich muß dringend um Beachtung bitten, widrigenfalls die betreffenden Vereine namhaft gemacht werden müssen. Der Generalrathe hat seinen disponiblen Kassenbestand, um dem Verband gegenüber seine Pflicht zu erfüllen; deshalb wollen die einzelnen Ortsvereine ihren Verpflichtungen nicht so launisch nachkommen! — Den Ortsvereinen wird in Balde eine Abrechnung der Generalrats-Kasse zugehen. Der Beachtung empfohlen Th. Kaufmann, Gen.-Schr.

§ **Ortsvereine der Stahlarbeiter zu Berlin**. Bei der gefälligen Zusammenkunft der Mitglieder des Ortsvereins der Stahlarbeiter, am Sonnabend, den 15. Okt., wurde der allgemeine Wunsch ausgesprochen, am 29. Dittbe. eine ordentliche Sitzung abzuhalten und die Versammlung abstimmen zu lassen, ob wir wieder mit Anfang November in unsere Pflichten und Rechte eintreten wollen. Infolge obigen Wunsches eruchte ich alle Mitglieder am Sonnabend, den 29. October, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal: Neue Königstraße 7, sich zahlreich einzufinden.

D. Baer, Vorst.

Meine Wohnung befindet sich seit 1. October Köpenickerstraße 67. E. Linder, Schr. h. D. B. d. Bildauer.

unreifen Form der jetzigen Republik, eine gewaltige Macht im Volksleben ist. Gerade als deutscher Patriot darf man die Standhaftigkeit und den Opfermuth der Nachbarn nicht verkennen, so viel Wehe sie uns auch zuzüht. Nachdem das gesammte stehende Heer des kaiserlichen Frankreichs theils vernichtet, theils gefangen oder eingeschlossen war, und Alles schon gemeint, jetzt sei ein fernerer Widerstand unmöglich — da wuchsen die Krieger gleich Pilzen aus dem französischen Boden, ein riesiges Heer von Paris, eine Voire-Armee, eine Armee von Lyon, und überall, selbst mitten in den von uns besetzten Gegenden, Haufen von Freischützen und Partisanen. Wie der Hydra, wuchsen Frankreich die abgeglagerten Köpfe immer von Neuem, und selbst der Hercules Deutschland vermag kaum zu überwinden. Mögen wir diesen fortwährenden Volkskrieg auch im nächsten Interesse beklagen und mißbilligen, so müssen wir doch anerkennen, daß gegenüber dem feigen und unfähigen Kaiserthum die Republik sich durch ihre Energie ein bedeutungsvolles Ehrengewinn für die Zukunft erwirbt.

Doppelt zu bedauern ist es aber, daß auch die Republik sich in ihren Führern zu Willkür, Verblendung und Eigenhaftigkeit hinreißen läßt. Gambetta, der im Eusthallon nach Tours gekommen und jetzt den Diktator spielt, hat die Niederlage der Voire-Armee und den Fall der Stadt Orleans durch eine völlig erfundene Sieges-Depesche aus Paris auszugleichen versucht; sein Einfluß ist es auch, welcher die bereits zweimal ausgeschriebenen Wahlen zur Constituanten abermals und auf's Ungewisse versagt, und von dem Amerikaner Burnside vermittelten Waffenstillstand zurückgewiesen hat. Wann werden die Franzosen endlich lernen, daß Freiheit ohne Wahrheit und Gerechtigkeit nicht bestehen kann, wann werden ihre begabtesten Männer, wie die Olivier und Gambetta, aufhören, ihre bessere Ueberzeugung dem maßlosen Ehrgeiz zum Opfer zu bringen?

Inzwischen wird die militärische und politische Lage der Dinge immer verwickelter. Die deutschen Truppen sind überall im Vordringen, nach Nordwesten auf Amiens und Reuen, nach Westen auf Tours, nach Süden auf Bourges und Lyon; die Festung Seiffons hat kapitulirt, Dijon, die Hauptstadt von Burgund, wird demselben Schicksal nicht entgehen. Aber andererseits sind vor Metz und Paris keine Erfolge erzielt worden, ja der Massenausfall Bazaine's am 7. Oktober hat an deren Truppen, besonders der heldenmüthigen Landwehr, schwere Verluste zugefügt. Und weit mehr noch, als die feindlichen Kugeln, rafft die tödtliche Krankheit, die Ruhr und der Typhus, vor Metz dahin — eine traurige Folge der Bitterung, der mangelnden Kleidung und des ungenügenden Obdachs, trotz aller officiellen Schönfärbereien! Für solche Zustände ist die Privatwohlthätigkeit ebenso ungeeignet, als ohnmächtig; hier ist allein der Staat hülfstüchtig und verantwortlich! — Die Abwendung eines Parlamentars von Bazaine in das königliche Hauptquartier gab schon die frohe Hoffnung auf Kapitulations-Verhandlungen, aber noch ist nicht die geringste Bestätigung eingetroffen. Die Beschießung von Paris soll bestimmt noch in dieser Woche beginnen. Wir können nicht glauben, daß man bei Paris denselben Fehler begehen wird, wie bei Straßburg, die Stadt zu kombarbiren, statt der Festungs-werke. Das Resultat von Straßburg sollte doch eine unabweisbare Warnung sein!

Auch für die innere Politik steht eine hochwichtige Epoche bevor. Die leitenden Minister der süddeutschen Staaten begeben sich nach dem Hauptquartier, um über die Grundlagen der Verfassung Deutschlands zu beraten. Die Ansichten auf die Einigung der Regierungen sollen gut sein — wie die Volksrechte dabei weggelassen werden, ist eine andere Frage. Mitte November schon soll nach dem norddeutschen Reichstag zusammenkommen, wahrscheinlich um die Abmachungen der Regierungen einfach zu bestätigen. Welche Bedeutung selbst der hohe Bundesrath diesem Reichstage selbst in dessen einstimmigen Beschlüssen beilegt, das ergeht sich nur zu deutlich aus dem Vorgange in Betreff der Unterstützung der Landwehr-Familien. Untere oft dargelegte Ansicht darüber ist in folgendem Schriftstück vom Berliner Arbeiterverein vollständig enthalten:

Da der norddeutsche Bundesrath sich noch immer nicht über die vom Reichstag dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung übermittelte Petition betrefsend Unterstützung der Familien der in's Feld gerückten Landwehrmänner und Reservisten

gedankt, resp. dem betreffenden Petition bisher noch keine Folge gegeben hat, so hat der Berliner Arbeiterverein am 9. Dn. beschloffen, nachstehendes Schriftstück an das Bundeskanzleramt zu richten: „Untern 17. Juli c. richtete der Unterzeichnete an den hohen Reichstag des norddeutschen Bundes Namens des Berliner Arbeitervereins die Bitte: derselbe wolle neben der Bewilligung der großen Summen für die Kriegführung zugleich auch eine angemessene Summe für die Familien der in's Feld ziehenden Landwehrmänner und Reservisten bewilligen.“ — Diese Petition wurde in der 4. Parnassusung des Reichstages vom 21. Juli c. unter sehr warmer Befürwortung Seitens des Reservisten, Abg. Dr. Becker einstimmig dem Herrn Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Bei der bald nach Ausbruch des Krieges immer mehr und mehr um sich greifenden Noth und Angeßichts der mit dieser Noth nicht Schritt haltenden, nur spärlich stehenden kommunalen und privaten Mittel zur Unterstützung der zurückgebliebenen Familien unserer Vaterlandvertheidiger, sah sich der genannte Verein, da seine in Rede stehende Petition inzwischen noch keine Berücksichtigung gefunden hatte — untern 15. August abermals veranlaßt, diesmal dem Herrn Bundeskanzler unter Hinweis auf den oben angeführten Beschluß des Reichstages die dringende Bitte vorzulegen, hochgeneigtest veranlassen zu wollen, daß die in der oben erwähnten Petition erbetene Unterstützung aus Staatsmitteln baldigst gewährt werde. — Obgleich uns bereits untern 18. August von dem hohen Bundeskanzleramt die gefällige Mittheilung wurde: die Petition habe dem Bundesrathe inzwischen vorgelegen und sei von diesem seinen zuständigen Ausschüssen zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen worden, — seitdem jedoch wiederum beinahe zwei Monate verfloßen, ohne daß die dringende Angelegenheit, so weit uns bekannt, in irgend einer Weise ihre Erledigung gefunden hätte. — Demzufolge erlauben wir uns nun, das h. Bundeskanzleramt anzufordern: dasselbe wolle ohne Verzug dafür Sorge tragen, daß Seitens des Bundesraths des norddeutschen Bundes ein definitiver Beschluß in dieser Angelegenheit schleunigst herbeigeführt und derselbe zur öffentlichen Kenntniß gebracht werde.“ — Wir erlauben uns noch zu bemerken, daß unserer unumgänglichsten Ansicht nach durch eine weitere Verzögerung eines derartigen Beschlusses die schon bestehende große Noth zahlreicher Familien der in's Feld gerückten Krieger eine belagertenwerthe Höhe erreichen dürfte, die gezielte Unterstützungspflicht der Kommunen ist unzureichend und die Privatwohlthätigkeit in fast übermächtiger Weise anderweit in Anspruch genommen. Ueberdies wird letztere, wie wir in zahlreichen Fällen konstatiren können, dadurch gelähmt, daß sie und gewiß mit vollem Recht von der Ansicht ausgeht, der Staat habe die erste Pflicht und werde endlich mit seiner Hilfe für die bedrängten Familien eintreten. Wird das deutsche Volk durch einen Beschluß des norddeutschen Bundesraths — was wir nicht hoffen wollen — etwa vom Gegenstand überzogen, dann dürfte auch dieser Unterstützungszweig von der Privatthätigkeit, die eine gefällige Abhilfe geschehen ist, kräftiger kultivirt werden. Namens des Berliner Arbeitervereins der Vorsitzende Krebs.“

Deutsche Arbeiter, Ihr werdet dieser Angelegenheit eingedenk sein, wenn es zu den Wahlen geht! Ihr werdet daraus schließen, wohin die Vertrauenslosigkeit führt! In wenigen Wochen liegen die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus bevor; ist auch das Wahlrecht der Arbeiter nur ein sehr beschränktes, so ist doch ihre Pflicht, überall das Gewicht ihrer Stimmen in die Waagschale zu legen, zumal da in vielen Kreisen gerade die dritte Abtheilung den Ausschlag für die Konservativen gegeben. Wir fordern alle unsere Leser dringend auf, für Eintragung ihrer Namen und derjenigen ihrer Freunde und Kollegen in die Wahllisten bei Zeiten Sorge zu tragen! M. S.

Zwangs-Kassen.

Von Oscar Sinner, Drechsler in Breslau.

Es ist schon viel über diesen Punkt geschrieben worden, stundenlange Vorträge sind gehalten worden über die Nothwendigkeit der nationalen Kassen; ist dieser Gegenstand aber von dem Leser gebrüht gewürdigt worden? Hat der Hörer solcher Vorträge verstanden, das Gehörte seinen Genossen mitzutheilen, um richtig darüber urtheilen zu können? Wir müssen antworten, daß dies nur in geringem Maße geschehen ist. Den Beweis dafür liefert uns die noch so kleine Anzahl Derer, welche sich entschlossen haben, den Gewerkevereinen beizutreten. Man wird mir entgegen: Sobald die Bestätigung der Statuten erfolgt sein wird, werden wir uns in Masse anschließen. Oberflächlich genommen ist das richtig, aber geht man der Sache auf

den Grund, so findet man, daß wir darauf nicht zu warten brauchen; ja, daß wir darauf hinwirken müssen, daß alle sogenannten Zwangskassen überflüssig werden, indem die Mitglieder sich in nationale Kassen einkaufen. Wenn Tausende sich bessere Kassen geschafft haben, dann wird auch die Regierung einsehen, daß Zwangskassen nicht mehr zeitgemäß sind.

Ist es nicht immerhin noch ein trauriges Zeichen der Zustände, daß überhaupt ein Gesetz existiren muß, wonach jeder Arbeiter gezwungen ist, einer Kasse anzugehören? und leider müssen wir sagen, ist dieser Zwang notwendig, denn ein großer Theil der Arbeiter denkt nicht daran, für die Zukunft zu sorgen, er lebt von heute auf morgen, und bevor wir nicht ernstlich darauf hinwirken, daß wir bessere Volksschulen bekommen, wird es auch nicht besser werden; der jetzige Regulatorien-Unterricht macht das Volk nicht selbständig. Ein gebildeter Mensch läßt sich zu Krankenkassen nicht durch Gesetze zwingen, den zwingt sein Pflichtbewußtsein und seine Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft schon, dafür zu sorgen, daß diese Stellung nicht gefährdet wird.

Uebrigens wirkt der Zwang, bestimmten Kassen beizutreten, durchaus nicht gleichmäßig, er bezieht sich nur auf Kassen, welche schon bestehen, aber wo es notwendig wäre, neue zu gründen, wird von keiner Regierung daran gedacht. Warum sollen gerade die Handwerksgehülsen unter Vormundschaft gestellt werden, wer zwingt denn so viele Andere in Krankenkassen zu treten, z. B. Haushälter, Kutsher, Handlungsdienner, Bildhauer, Kaufherr, kleine Meister u. s. w.? Sind die Benannten, u. a. m. nicht auch in der Lage der öffentlichen Krankenpflege anheim zu fallen? oder hat man für gewisse Leute gewisse Fonds zur Unterstützung? Gerade der kleine Meister, den das Unglück trifft lange krank zu sein, bringt sich und seine Familie an den Bettelstab; wie oft wird nicht in den Zeitungen für einen solchen Familienvater die öffentliche Mithätigkeit angerufen, und wahrlich zu bedauern ist der, der gezwungen ist, auf diese oder eine andere Art zu betteln; gerade diesen kleinen Meistern müßten unsere nationalen Kassen sehr willkommen sein, und ich kann mich nur wundern, daß man höheren Orts uns so viel Schwierigkeiten in den Weg legt.

Aber bringt uns denn, bringt denn den Zwangskassen die Genehmigung von Seiten des Staates einen Nutzen? Nicht den geringsten! Ich will hier gleich einen kleinen Betrag aus einer hier in Breslau bestehenden Kasse geben, deren Zustände mich zu diesen Zeilen veranlaßt haben.

Die Sache ist kurz folgende: Am 8. d. M. starb ein der Drechslerklasse schon seit 14 Jahren als Mitglied angehöriger Drechslergehülfe, die alte Kasse war aber nicht im Stande, den statutenmäßigen Betrag auszuwahlen. Der Verstorbenen war in der Verflucht der Königl. Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn beschäftigt, hier sollten 30 Thlr. gezahlt werden, aber auch hier war die viel gepriesene Fabrikkasse nicht im Stande Zahlung zu leisten, und erhielt die Wittve von letzterer Kasse augenblicklich nur 15 Thlr., mit dem Vermerken, den Rest am 17. d. M. zu bekommen, da ist Zahlung, da wird es den Leuten abgezogen werden. Also die Direktion war nicht einmal so geneigt, die 15 Thlr. vorzuschließen, da sie doch das Geld, welches den Arbeitern abgezogen wird, sicher war, nein, man läßt lieber eine Frau mit zwei Kindern am Sarge des Ernährers weinen. Denn die augenblickliche Noth ist bekanntlich die größte; wo soll eine Frau das Nöthigste gleich hernehmen, wenn durch die Krankheit Alles angezehrt ist?

Dieses wird gewiß nicht der einzige Fall sein, der in Deutschland vorkommt, und in solche Kassen wird man gezwungen zu zahlen? was nützt die Bestätigung hier? Ich glaube, es ist Beweis genug, wie notwendig nationale Kassen sind; es kann in einem Orte das Geld erschöpft werden, das ist richtig, da steht aber die nationale Vereinigung da, und Niemand wird durch uns Verluste erleiden. Also auf, meine Freunde! werft die alten Kassen über Bord, zeigen wir der Regierung, daß wir der Vormundschaft entwachsend sind, dann werden die Gewerkevereine das sein, was sie sein sollen, nämlich der Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage.

